



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Harald Güller, Franz Schindler, Stefan Schuster, Dr. Herbert Kränzlein, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Susann Biedefeld, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Dr. Linus Förster, Martin Güll, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Günther Knoblauch, Andreas Lotte, Ruth Müller, Hans-Ulrich Pfaffmann, Florian Ritter, Georg Rosenthal, Reinhold Strobl, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Dr. Paul Wengert, Johanna Werner-Muggendorfer, Margit Wild, Herbert Woerlein SPD**

Haushaltsplan 2017/2018;

hier: Justizvollzugsanstalten:

**30 neue Planstellen für Obersekretäre, Obersekretärinnen im Justizvollzugsdienst
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Kap. 04 05 (Justizvollzugsanstalten) werden im Stellenplan im Tit. 422 01 (Planmäßige Beamte) im Jahr 2017 und im Jahr 2018 30 Planstellen für Obersekretäre, Obersekretärinnen im Justizvollzugsdienst der BesGr. A 7 neu ausgebracht.

Infolge der neuen Planstellen erhöht sich die Stellenzahl der BesGr. A 7 (Obersekretäre, Obersekretärinnen – im Justizvollzugsdienst) in den Haushaltsjahren 2017 und 2018 von jeweils 1.098,20 auf jeweils 1.128,20 Planstellen.

Die neu ausgebrachten Planstellen sind abweichend von Art. 6 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzentwurfs Haushaltsgesetz 2017/2018 zum 1. Oktober 2017 besetzbar.

Zur Finanzierung der neuen Planstellen werden im Kap. 04 05 im Tit. 422 01 (Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter) der Ansatz im Haushaltsjahr 2017 von 203.997,6 Tsd. Euro um 225,9 Euro auf 204.223,5 Tsd. Euro und im Haushaltsjahr 2018 von 207.931,3 Tsd. Euro um 903,8 Tsd. Euro auf 208.835,1 Tsd. Euro erhöht.

Begründung:

Zur Bekämpfung von Salafismus und Islamismus im Strafvollzug sollen in möglichst allen bayerischen Justizvollzugsanstalten sog. Extremismusbeauftragte eingesetzt werden. In den Justizvollzugsanstalten München und Nürnberg wurden aufgrund der neuen Stellen im Nachtragshaushalt 2016 bereits zwei Beamte zu Extremismusbeauftragten bestellt. Die ersten Erfahrungen unterstreichen bereits die Wichtigkeit der Arbeit von Extremismusbeauftragten für die Salafismus-Prävention im Strafvollzug.

Die neuen Stellen sollen auch dazu dienen, die Personalausstattung der Jugendarrestanstalt Landau an der Isar haushaltstechnisch mit eigenen Planstellen sicherzustellen. Die Jugendarrestanstalt Landau an der Isar konnte haushaltstechnisch bis heute noch nicht mit eigenen Planstellen versehen werden. Im Rahmen der Aufstellung des Doppelhaushalts 2015/2016 wurden vom Staatsministerium der Justiz für die Jugendarrestanstalt 14 Planstellen beantragt, allerdings habe man u.a. aufgrund der priorisierten Bewilligung von Planstellen in anderen Bereichen des Justizvollzugs in Bayern den Stellenantrag im Doppelhaushalt 2015/2016 nicht durchsetzen können. Zur personellen Ausstattung der Jugendarrestanstalt Landau an der Isar wurden im Rahmen einer Änderung des Dienstortes insgesamt zehn Bedienstete des allgemeinen Vollzugsdienstes von der Justizvollzugsanstalt Landshut der Jugendarrestanstalt zugewiesen. Die dadurch entstandene Reduzierung des Personalkörpers des allgemeinen Vollzugsdienstes bei der Justizvollzugsanstalt Landshut wurde in dieser Anstalt vorläufig im Wege von Abordnungen mit vier Bediensteten im Wechsel aus der Justizvollzugsanstalt Straubing unterstützt.